

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887**

5.11.1887 (No. 262)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 5. November.

№ 262.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gebaltene Zeitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

## Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Großherzoglichen Vabearzt Hofrath Dr. Heiligenthal in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen verliehenen Königlich Preussischen Kronen-Ordens 3. Klasse zu erteilen.

Intendantur 14. Armecorps:

Biernath, Registrator von der Intendantur 1. Armecorps, laut kriegsministerieller Verfügung vom 29. Oktober d. Js., vom 1. Januar 1888 ab, in gleicher Eigenschaft zur obigen Intendantur verest.

Garnisonverwaltung Raftat:

Weyer, Rechnungsrath und Garnisonverwaltungs-Direktor, welcher auf sein Ansuchen vom 1. November d. Js. in den Ruhestand getreten, ist durch Allerhöchste Entlassungsurkunde vom 22. Oktober d. Js. der Charakter als Geheimrer Rechnungsrath verliehen.

## Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 4. November.

Das französische Kabinet hat eine schwere Woche durchzumachen. Gestern kam in der Kammer die Rentenumwandlung zur Erörterung und für morgen steht die Frage wegen Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Ordensverkäufe auf der Tagesordnung; beide Angelegenheiten sind aber von den Gegnern des Kabinetts zu willkommenen Angriffspunkten gegen Rouvier ansersehen worden. Nach einer langen und heftigen Erörterung wurde gestern die Rentenumwandlungsvorlage, nachdem Rouvier der Kammer mehrere Zugeständnisse in Bezug auf die Durchführung der Umwandlung gemacht hatte, mit 276 gegen 161 St. angenommen; aber die der Regierung günstige Abstimmung ist namentlich durch die Unterstützung der Rechten möglich geworden, während das Verhältnis der Regierung zu den Radikalen gespannter als je zuvor ist, und auf die Dauer dürfte auf die Rechte nicht zu zählen sein. Ein Telegramm aus Paris bringt uns folgenden politischen Stimmungsbericht: „Die Morgenblätter besprechen die gestrige Kammerabstimmung und bemerken, der Sieg der Regierung sei hauptsächlich der Haltung des größeren Theils der Rechten zuzuschreiben. Cassagnac sagt in der „Autorité“, die Rechte wollte diesmal dem Ministerium die letzte Lektion in der Selbstverleugnung und Loyalität geben, ginge aber nunmehr in der Nachgiebigkeit nicht weiter. Das „Journal des Debats“ konstatiert, daß der Bruch zwischen der Regierung und den Radikalen heftiger ist denn je.“ Unter solchen Umständen bleibt die Situation eine kritische.

Auf die Turiner Bankettrede Crispi's antworten französische Blätter mit Erörterungen und Vorschlägen in Betreff des Schutzes der französisch-italienischen Grenze im Kriegsfalle. Crispi hat zwar die friedlichen Absichten und namentlich auch das freundschaftliche Verhältnis Italiens zu der französischen Republik nachdrücklich betont; er hat auch bezüglich seiner Reise nach Friedrichsruh, die den französischen Politikern so viele Sorgen machte, versichert, wenn in Friedrichsruh „konspirirt“ worden sei, so sei es eine Konspiration zu Gunsten der Erhaltung des Friedens gewesen; aber man läßt sich in Paris nicht von dem Standpunkt abbringen, daß ein Freund Deutschlands ein Feind Frankreichs sei. Ihre aufgeregte Phantasie spiegelt französischen Politikern die Vision eines italienischen Einbruchs vor, der über die Alpenpässe nach Savoyen, Lyon, den Ebenen Burgunds und der Franche-Comté oder nach Toulon, Marseille, das Gestade des Mitteländischen Meeres entlang, zu dem Behufe, die Verbindungen Frankreichs mit Algerien zu unterbrechen, erfolgen werde. Die „Rep. franc.“ veröffentlicht einen langen Artikel, der jeden Zoll des französischen Alpenlandes auf seine Angriffs- und Verteidigungsmöglichkeiten prüft und die Leser des Blattes mit dem Gedanken vertraut macht, daß Frankreich nicht eher ruhig schlafen könne, bis eine der italienischen mindestens ebenbürtige Alpen-Spezialtruppe auf die Weine gebracht sei. Zu diesem Zweck verlangt der Artikel, in Verfolg einer vor Kurzem begonnenen Alpenstudie, nur 60,000 Soldaten, die zu drei Vierteln sogar dem Stande der Landwehr entnommen sein können. Mit dieser Zahl könne der dreifachen Zahl von Angreifern die Spitze geboten und dafür garantiert werden, daß alsdann Frankreich „am Tage der nationalen Krise“ fast die Gesamtheit seiner thätigen Kräfte an den Rhein und die Vogesen werfen kann, ohne sich sonderlich um die Bewegungen der Italiener kümmern zu müssen. Zu dem Kriegsminister Ferron hegt der militär-strategische Mitarbeiter der „Rep. franc.“ das Zutrauen, daß er ungehäumt alle Vorkkehrungen

treffen wird, um aus den französischen Alpen ein großes verchanztes Lager mit der erforderlichen Besatzung zu machen. Die „Berliner Polit. Nachr.“ bemerken treffend zu diesem Artikel: „Hätte Herr Crispi in Turin das Programm für den Feldzug des nächsten Jahres entworfen, so könnten die in französischen Blättern aus seiner Rede gezogenen Auswendungen nicht anzüglicher sein. Wie die Dinge aber in Wahrheit liegen, kann man nur vermuten, daß Frankreich den von außen kommenden Friedenssymptomen gefühllos Aug und Ohr verschließt, um sich „am Tage der nationalen Krise“ in seinen Entschlüssen weniger genirt zu fühlen.“

Nach dem von der Reichsadmilität über die Schiffsbewegungen erlateten neuesten Halbmonatsbericht war der Kreuzer „Aler“ am 26. Oktober von Rodhampton abgegangen (Poststation: Sydney, Australien), der Kreuzer „Albatros“ vom 30. Oktober bis 3. November in Batavia (Poststation Capstadt), Schiff „Ariadne“ am 1. Oktober von Madeira abgegangen (Poststation: bis 8. November Bahia, Brasilien, vom 9. ab Barbados, Westindien), Kanonenboot „Cyclop“ seit 31. August in Kamerun (Poststation: daselbst), Kreuzer „Habicht“ seit 19. Oktober in St. Paul de Loanda (Poststation: Kamerun), Kanonenboot „Jitit“ am 31. Oktober in Kanton (Poststation: Hongkong), vom Fahrzeug „Koreid“ die letzte Nachricht aus Konstantinopel vom 24. Oktober (Poststation: daselbst), das Schiff „Luise“ am 27. Oktober von Christianlund abgegangen, Kreuzer „Möwe“ vom 3. September bis 3. Oktober in Aden (Poststation: Capstadt), Panzerfahrzeugs „Miede“ seit 2. August in Wilhelmshaven (Poststation: daselbst), vom Kreuzer „Nautilus“ die letzte Nachricht aus Zanzibar vom 26. September (Poststation: daselbst), das Schiff „Nixe“ seit dem 17. September in Wilhelmshaven (Poststation: daselbst), das Kanonenboot „Wolf“ am 22. Oktober in Shanghai (Poststation: Hongkong), vom Kreuzergeschwader — Schiffe „Bismarck“, Flaggschiff „Olga“, „Carola“, „Sophie“ die letzte Nachricht aus Apia vom 17. Oktober (Poststationen für „Olga“: Apia, für die andern drei Schiffe Hongkong), das Schulgeschwader — Schiffe „Stein“, Flaggschiff „Brig Albatros“, „Gneisenau“, „Moltke“ — am 29. Okt. in Malagga (Poststation: bis 14. November Spezia, Italien, vom 15. ab Neapel), das Torpedodivisionsboot V 1 am 14. September in Kiel, das Torpedoboot S 2 am 3. Oktober in Wilhelmshaven, die Torpedobote S 39, S 40, S 41, H-1 waren am 28. und 29. Oktober von Danzig abgegangen. In Dienst aufgestellt wurde das Schiff „Fregate“ am 23. Oktober zu Probefahrten. Neuer Dienst gestellt Vermessungsfahrzeug „Kommerantia“, Aviso „Greif“, Torpedobote S 11 und S 12, S 13 und S 14, Segelfahrzeuge „Lust und Liebe“, Schiff „Oldenburg“, Seefahrzeug „Wunsch“, Torpedoboot S 17.

## Deutschland.

\* Berlin, 4. Nov. (Tel.) Seine Majestät der Kaiser erfreute sich in der vergangenen Nacht eines guten Schlafs und fühlte keine Schmerzen.

Aus San Remo wird berichtet, daß Ihre Kaiserlichen Hoheiten der Deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin mit den Prinzessinnen-Töchtern gestern Abend um 7 Uhr dort eingetroffen seien.

Seine Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm begab sich gestern Vormittag zur Parforcejagd von Potsdam aus nach Jagdschloß Grunewald, woselbst bei seiner Ankunft die Fürstlichkeiten, die Prinzen, Offiziere und die anderen geladenen Gäste bereits versammelt waren. Nach dem Schluß der Jagd fand im Jagdschloße Grunewald ein größeres Jagdbüner statt, zu welchem über 200 Einladungen ergangen waren. Nach Aufhebung der Tafel kam der Prinz von Jagdschloß Glienicke nach Berlin.

Der Staatssekretär Graf Bismarck, der sich, wie bereits gemeldet, nach Friedrichsruh begeben hatte, ist heute früh von dort auf seinen Posten zurückgekehrt.

Gestern Nachmittag hat eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden.

Der Bundesrath nahm in seiner gestrigen Plenarsitzung die Ausschufanträge betreffend die Ergänzung der vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze über die Besteuerung des Branntweins an und stimmte dem Ausschufberichte über den Gesetzentwurf betreffend den Verkehr mit Wein nebst den bezüglichen Eingaben zu. Nach dem Antrag auf Zulassung von Berechtigungscheinen erhalten die Ausführungsbestimmungen zu § 11 III f folgenden Zusatz:

„Auf den Antrag des Brennereibesizers kann die Verbrauchsabgabe jedoch auch nach dem höheren Abgabensatz berechnet und gleichzeitig die zur Abfertigung gelangende Branntweinnmenge auf die Jahresmenge Branntwein, welche der Brennereibesizer zu dem niedrigeren Abgabensatz herstellen darf, in Anrechnung kommen. Dem Brennereibesizer wird in diesem Falle ein Berechtigungschein erteilt, durch welchen jeder Inhaber desselben die Befugniß erhält, binnen Jahresfrist eine gleich große neben den etwa zu erhebenden Zuschlägen, mit dem Abgabensatz von 0,70 Mark belastete Branntweinnmenge, unbeschadet der Zuschläge zu dem Abgabensatz von 0,50 M. in den freien Verkehr zu bringen. Auf den Wunsch des Brennereibesizers können mehrere, je über einen Theilbetrag der Branntweinnmenge lautende Berechtigungscheine erteilt werden. Die Ausfertigung der Berechtigungscheine erfolgt seitens des zuständigen Hauptamts, welchem die Befestellen zu diesem Zwecke halbmonatlich eine Nachweisung über die auszufertigenden Scheine unter Beifügung der Duplikate der Abfertigungspapiere einzureichen haben. Bei dem Haupt-

amt ist ein Berechtigungschein-Ausfertigungsregister zu führen, in welches sämtliche zur Ausstellung kommende Berechtigungscheine unter fortlaufender Nummer einzutragen sind. Die Ausfertigung eines Berechtigungscheines wird in dem bei der Befestelle zu führenden Exemplar des Kontobuches über Branntwein-erzeugung vermerkt. Wird bei der Abfertigung von Branntwein zum freien Verkehr die Abfertigung nach dem niedrigeren Abgabensatz unter Vorlegung eines Berechtigungscheines beantragt, so ist dies auf dem Abfertigungspapier zu vermerken. Der Berechtigungschein ist, nachdem auf denselben die erfolgte Streichung von dem bisherigen Inhaber bescheinigt ist, dem Abfertigungspapier anzuhängen und mit demselben der Direktivbehörde zur Registerrevision einzusenden. Nach Beendigung der Revision hat die Direktivbehörde des Annahmeamtes den Berechtigungschein an die Direktivbehörde des Ausfertigungsamtes einzusenden, bei welcher die Richtigkeit der Ausfertigung auf Grund des hauptamtlichen Berechtigungschein-Ausfertigungsregisters und der probeweisen Revision der Kontobücher über Branntwein-erzeugung einer Nachprüfung unterzogen wird. Ueber die angenommenen Berechtigungscheine hat das Annahmeamt den Ausstellungssämtern monatlich eine Nachweisung zu überreichen, deren Inhalt von den letzteren mit dem Berechtigungschein-Ausfertigungsregister zu vergleichen ist.“

Aus Fulda wird berichtet, daß bei der heutigen Bischofswahl der Prälat und Stadtpfarrer Josef Weyland (Wiesbaden) zum Bischof gewählt wurde.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, Seine Majestät der Kaiser habe genehmigt, daß das Landeskonsistorium zu Hannover die kirchliche Aufsicht und Leitung über die deutsch-lutherischen Gemeinden in Capstadt, Worcester, King-Williams-Town und British-Castraria, sämtlich in Südafrika belegen, übernimmt.

Die Voruntersuchung gegen die im Sommer d. J. verhafteten neun Mitglieder des sozialdemokratischen Centralwahlkomite's ist in der vorigen Woche geschlossen und seitens der Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Unterhaltung einer geheimen Verbindung erhoben und bei dem Vorsitzenden der ersten Strafkammer Berliner Landgerichts I bereits eingereicht worden. Für die Verhandlung dieser umfangreichen Sache, welche vor der zweiten Strafkammer stattzufinden hat, ist der 12. November in Aussicht genommen. An Stelle des krankheitshalber auf zwei Monate beurlaubten Landgerichtsdirektors Ludy wird der Landgerichtsrath Marchstein den Vorsitz führen.

Im österreichischen Herrenhause hat in dessen letzter Sitzung am 31. Oktober der Handelsminister Marquis von Bacquehem die Mittheilung gemacht, daß eine Antwort der deutschen Regierung betreffs des Handelsvertrags eingetroffen sei. Wie nun die „N. A. Z.“ einer Bester Meldung der „Voss. Ztg.“ entnimmt, führe jene Antwort aus, daß nach der im Jahre 1886 durchgeführten Revision des österreichischen Zolltarifs die handelspolitische Situation sich derart geändert habe, daß Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag nicht eingeleitet werden können. Dagegen schlägt die deutsche Regierung die unveränderte Verlängerung des bestehenden Handelsvertrages auf die Dauer eines Jahres vor. Bestätigt sich vorstehende Mittheilung und geht Oesterreich-Ungarn auf den deutschen Vorschlag ein, so wird den Parlamenten in Wien und Pest noch eine darauf bezügliche Vorlage gemacht werden müssen, da die ertheilte Vollmacht die Verlängerung der mit Deutschland und Italien bestehenden Verträge im Verordnungswege nur für die Dauer von sechs Monaten gestattet.

Im Laufe dieser Woche wird nunmehr die Konstituierung der Witru-Gesellschaft erfolgen, nachdem die erforderlichen 500,000 M. beisammen sind.

Hamburg, 3. Nov. Der hiesige spanische Generalkonjul theilte der Handelskammer mit, daß er von der spanischen Regierung ermächtigt sei, von heute ab die vorgelegten Akte über den deutschen Ursprung und die deutsche Herkunft des nach Spanien versandten Sprits zu beglaubigen.

Stuttgart, 3. Nov. Das württembergische Land ist zur Zeit nicht ohne politisches Leben. Im Vordergrund stehen zwei Landtagswahlen; die eine in Cannstatt, wo es sich um einen Ersatz für den verstorbenen (national-liberalen) Bankier Hartenstein handelt, die andere in Alen, wo, wie früher schon berichtet, der greise Abgeordnete Moritz Mohl, der letzte überlebende der vier berühmten Brüder Mohl, wegen hohen Alters und Krankheit sein Mandat niedergelegt hat. Was Cannstatt betrifft, so hatte die deutsche Partei in Stadt- und Landbezirk sich auf die Person des neuen Ministers des Innern, Herrn v. Schmid, geeinigt, der vor seiner Thätigkeit im Bundesrath lange Jahre ein hervorragender Führer der deutschen Partei im württembergischen Landtag gewesen war. Gestern begab sich nun eine Deputation zu dem Minister, um ihm das Mandat anzutragen, derselbe lehnte aber ab, mit der Motivierung, daß er als Vertreter der Stadt Cannstatt in Fragen, welche demnächst den Landtag berühren werden, einen Standpunkt vertreten müßte, der ihn möglicherweise mit seinen Pflichten als Minister in Konflikt bringen könnte. (Es handelt sich hauptsächlich um eine große neue Neckarbrücke, durch

welche die Städte Stuttgart und Cannstatt enger aneinander geschlossen werden sollen.) In Kalen liegen die Verhältnisse eigentümlich. Der Bezirk galt bisher als demokratisch, wie denn auch vereint Moriz Mohl zur demokratischen Partei sich gezählt hat. Aber seit vielen Jahren sind die Wege der Volkspartei und die des Abgeordneten Mohl weit auseinander gegangen. Es ist bekannt, daß Mohl Schützöchner ist und in rein politischen Fragen hat der alte Herr, der trotz seines eingeleiteten Partikularismus ein aufrichtiger Bewunderer des Reichstanzlers ist, schon lange einen streng konservativen Standpunkt eingenommen. Nichtsdestoweniger sind die Kalener Demokraten ihrem Moriz Mohl treu geblieben und haben ihn immer wieder gewählt, und der „Beobachter“ mußte es ihnen, so ärgerlich er darüber war, hingehen lassen, da gegen die Popularität Mohl's doch Niemand aufkommen wäre. Jetzt, nachdem Mohl verzichtet hat, hätte naturgemäß das Mandat an einen richtigen Volksparteiler zurückfallen müssen; davon ist es aber ganz stille und der „Beobachter“ bekennet heute, die demokratische Kandidatur habe sich „aus äußeren Gründen“ zerschlagen. Als einziger Kandidat ist bis jetzt genannt Oberamtmann Wittich von Kottenburg, ein freidenkender, katholikenfreundlicher Protestant, der sich vermutlich im Falle seiner Wahl der Landespartei anschließen wird. — Eine in Stuttgart gestern abgehaltene Versammlung der deutschen Partei hat auf Wunsch des Reichstagsabgeordneten Siegle über die Frage der Verlängerung der Legislaturperiode verhandelt und sich einstimmig für die Einführung fünfjähriger Legislaturperioden entschieden. — Die dieser Tage aus einem Stuttgarter Lokalblatt in mehrere Zeitungen übergegangene Nachricht, wonach zur Feier des Regierungsjubiläums des Königs eine Landes-Gewerbeausstellung geplant wäre, entbehrt der Begründung. Eine solche ist bis jetzt von Niemand beabsichtigt; die Zeit wäre auch seit der Ausstellung von 1881 entschieden zu kurz.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Nov. Wie vorauszusehen war, entbrennt jetzt der Kampf zwischen den Jung- und Altezachen daheim vor den Wahlen in erhöhtem Maße. Letztere schieben die Schuld an ihrem unglücklichen Mißerfolge der jugendlichen Heftigkeit zu, die Jungzachen bleiben auch die Antwort nicht schuldig. Andererseits herrscht auch im liberalen Lager Unruhe. Indem man gegen den einstigen liberalen Führer, Hofrath Lienbacher, ankämpft, kommen die häuslichen Streitigkeiten der Partei vor die Öffentlichkeit.

Der soeben erschienene Bericht der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbelammer über den Stand der Industrie und des Handels Niederösterreichs im Jahre 1886 stellt die wirtschaftlichen Verhältnisse im Allgemeinen als gebessert dar, in seinen tatsächlichen Mitteilungen weiß er aber über die einzelnen Zweige von Industrie und Gewerbe in Niederösterreich wenig Erfreuliches zu sagen. Ehedem blühende Gewerbe sind stark zurückgegangen, während bei vielen Industriezweigen Preisunterbietungen üblich geworden sind. Unter den Industriezweigen, denen es entschieden schlecht ging, steht oben an die Maschinenindustrie, deren Lokomotiv- und Waggonfabrikation nur bis zur Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt war. Der Maschinenbau setzte die ungarische Konkurrenz stark zu, und bei wichtigen Exportartikeln, wie Werholz, Sägewaare, Spiritus u. s. w. ist eine nicht unerhebliche Verminderung der Ausfuhr gegen das Vorjahr (1885) zu verzeichnen. Im Anschlusse an die Schilderung der mangelhaften Geschäftsverhältnisse bringt der Bericht eine lange Reihe von Wünschen der gewerblichen und kaufmännischen Kreise zur Kenntniß der Regierung. So die Hebung des Zollkonfliktes mit Rumänien, die Ordnung des heimischen Geldwesens, die Herstellung billiger Tarife, eine größere Stabilität der Zollverhältnisse und vor Allem die endliche Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt. In denselben Verhältnisse, als die Verschuldung des Staates wächst, steigert sich, wie der Bericht mit Bezug auf die letztere Forderung ausführt, auch der Druck auf die nationale Arbeit und ihre Leistungsfähigkeit auf dem Weltmarkte, auf welchem wir ohnehin bisher nur etwas mehr als die im Vergleiche zu den Bilanzen anderer konkurrierender Staaten verhältnismäßig weit zurückstehende Summe von einer Milliarde Gulden umsetzen. Unter den übrigen Wünschen bezieht sich einer auf die Regulierung des Eisernen Thores, wobei übrigens bemerkt wird, daß die Donau diesseits der Leitha in Bezug auf ihren schiffbaren Stand ebenfalls vieles zu wünschen übrig läßt, und ein zweiter auf die für den österreichischen Export nach der Levante wichtigen Anschlüsse an die Orientbahnen.

#### Frankreich.

Paris, 3. Nov. Die Deputirtenkammer beschäftigt sich heute noch nicht mit der Angelegenheit der Ordensverkäufe, dagegen mit der Rentenreform. Die Vorlage des Finanzministers wurde von verschiedenen Seiten heftig angegriffen. Als einer der ersten Redner griff der frühere Finanzminister Allain-Targé die Rentenreform an, dasselbe that der Bonapartist Baron Soubeyran und der Abgeordnete Annagat. Rouvier vertheidigte die von ihm vorgeschlagene Finanzoperation. Allain-Targé billigte zwar die Rentenreform, bekämpfte aber dieselbe in der von Rouvier beantragten Form, die eine verkappte neue Anleihe sei; auch Soubeyran tabelte die Vermischung der Umwandlung mit einem finanziellen Anstaltsversuche. Rouvier erklärte, da man keine neuen Steuern wolle und es sonst unmöglich sei, in diesem Jahre das außerordentliche Budget zu befeitigen, so biete die Umwandlung die nöthige Hilfsquelle für 1888 und 1889; für spätere Jahre werde die Einschätzung des Grundbesitzes eine Summe von 40 Millionen liefern. Die Regierung müsse den Gesetzentwurf, wie sie ihn vorgelegt habe, aufrecht erhalten. Nach Schluß der Generaldebatte wurde der Artikel 1 der Vorlage, welcher im Grundsatze die Umwandlung ausspricht, angenommen. Ein Abänderungsvorschlag, der die Umwandlung in 4proz. Rente beantragt, wurde von Rouvier bekämpft und sodann mit

344 gegen 173 Stimmen abgelehnt. Darauf nahm die Kammer die ganze Vorlage mit 276 gegen 161 Stimmen an. Rouvier stimmte der Ermäßigung der Umwandlungskosten auf 400,000 Franken zu. Die Kammer nahm auch diesen Antrag an, indem sie die Regierung verpflichtete, der Budgetkommission die in's Einzelne gehende Kostenberechnung vorzulegen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beschloß die Kammer mit 314 gegen 233 Stimmen, daß der Bericht der Kommission, die zur Prüfung des Antrags Cuneo d'Ornano eingesetzt worden ist, so gleich verlesen werde. Der vom Abgeordneten Salis erstattete Bericht befürwortet die Einsetzung eines Ausschusses, welcher die Angelegenheit der Ordensverkäufe untersuchen soll; der Ausschuss soll aus 22 Mitgliedern bestehen, die nach dem Listensystem gewählt werden. Die Debatte darüber wurde auf nächsten Samstag festgesetzt. Vorher hatte der Ausschuss die Minister gehört. Dieselben hatten sich gegen die Untersuchung ausgesprochen, sich aber bereit erklärt, der Kammer jede notwendige Auskunft zu ertheilen. — Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Statistik der Einnahmen der großen französischen Eisenbahnwege, inclusive der Staatsbahn, während des ersten Halbjahres l. J. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 488 1/2 Millionen, was gegen die nämliche Periode des Vorjahres eine Mehrernte von etwas über 13,6 Millionen ergibt. Die „Liberté“ sieht in diesem Resultat ein Zeichen der Wiederbelebung der kommerziellen und industriellen Thätigkeit. — Zu der „Times“ Depesche aus Lamatave, wonach der französische Generalresident in der Frage der Anerkennung der ausländischen Vertreter bis auf Empfang der Beschlüssen seiner Regierung den Gesichtspunkt der Regierung von Madagascar angenommen habe, bemerkt eine halbamtliche Note, daß im hiesigen Auswärtigen Amt nichts davon bekannt sei.

#### Italien.

Rom, 3. Nov. Die Meldung, daß der englische Diplomat, der in Massanaah gelandet und nach Abyssinien weitergereist ist, beauftragt sei, die Vermittelung zwischen Abyssinien und Italien anzubahnen, wird in hiesigen Regierungskreisen entschieden gelehnt. Italien könne sich, so lange es nicht eine militärische Genugthuung erhalten, in keine Verhandlungen einlassen. Der Regierung sei der Zweck der englischen Mission unbekannt. — Kardinal Pellegrini ist heute früh im Alter von 75 Jahren gestorben.

#### Spanien.

Madrid, 4. Nov. (Tel.) In dem Prozesse gegen den des Attentats auf den Marschall Bazaine angeklagten Villairand erklärten die Aerzte, derselbe habe zwar mit Bewußtsein gehandelt, aber unter dem Eindruck zeitweiliger Geistesstörung.

#### Großbritannien.

London, 3. Nov. Man sieht es als gewiß an, daß die nächste Zeit eine Aenderung in der Zusammensetzung des Cabinets bringen wird, wenn auch die Gerüchte von einem bevorstehenden Eintritt Lord Hartington's in die Regierung auf starke Zweifel stoßen. Der Minister des Inneren, Matthews, dürfte seine Demission nehmen, um dem von seinen Augenleiden wiederhergestellten Sir Michael Hicks-Beach Platz zu machen. Während diese Aenderung festzustehen scheint, sind die Meldungen, wonach auch Lord Randolph Churchill wieder in's Ministerium treten werde, einstweilen völlig unverbürgt. — Telegraphisch ist bereits von der Rede berichtet worden, die Lord Hartington in Truro bei einem Bankett der liberalen Unionisten von Cornwall hielt. Die am Nachmittag stattfindende Versammlung tagte unter dem Vorsitze des Parlamentsmitgliedes Leonard Courtney. Es wurden Resolutionen angenommen, welche Gladstone's irische Politik bekämpfen, unerschütterliches Vertrauen in Lord Hartington als Führer der Partei der liberalen Unionisten ausdrücken und sich zu Gunsten einer reformirten Lokalverwaltung für das Vereinigte Königreich aussprechen. Abends hielt Lord Hartington an eine Versammlung von 6000 Personen eine längere Ansprache, in welcher er u. a. die Behauptung seiner Gegner bestritt, daß er seine Stellung in Bezug auf Home-Rule für Irland seit dem Erlasse seines letzten Wahlmanifestes geändert, oder daß Gladstone den liberalen Unionisten in dieser Frage irgendwelche Zugeständnisse gemacht habe. Es sei die Pflicht des englischen Parlaments, Gladstone's Home-Rule-Plan im Prinzip zu verwerfen, wenn immer derselbe vorgebracht werde, weil es ein Vorschlag sei, der dazu diene, die Grundlagen der Union zwischen Großbritannien und Irland zu erschüttern. Die liberalen Unionisten würden fortfahren, der Regierung in ihren Bemühungen, Gesetz und Ordnung in Irland aufrechtzuerhalten, unerschütterliche Unterstützung zu gewähren. — In Gemäßheit des allgemeinen Planes für die Vertheidigung Indiens werden Anstalten getroffen für die Errichtung von Blockhäusern zur Vertheidigung der hauptsächlichsten Eisenbahnbrücken. Man glaubt, daß die Frage betreffs der afghanischen Grenze am oberen Druß im Laufe des nächsten Jahres zum Gegenstand gemeinschaftlicher Erwägung seitens Englands und Australiens gemacht werden wird. Als vorläufiger Schritt wird wahrscheinlich eine gemeinsame Kommission entsandt werden, um die Geographie dieser Gegend, über welche gegenwärtig wenig bekannt ist, zu studiren. — Lord Salisbury empfing eine Deputation der Grimshyer Fischerbootsbesitzer, welche gegen die dem Kapitän der „Lady Godiva“ seitens der deutschen Behörden gewordene Behandlung protestirten. Er antwortete, die Regierung werde nach der Beendigung des gesetzlichen Verfahrens die Kronanwälte befragen, ob nach internationalem Recht eine Entschädigung zu verlangen sei. Es handle sich hauptsächlich darum, ob die „Godiva“ in deutschen Gewässern beschlag-

nahmt worden sei oder nicht. Im ersten Falle könne der Führer des Schiffes keine andere Behandlung beanspruchen, als sie den deutschen Unterthanen zu Theil würde; im zweiten Falle handle es sich darum, ob nach den bestehenden internationalen Gebräuchen verfahren sei. Die deutsche Regierung sei aber gerecht und freundlich und werde sicher Gerechtigkeit walten lassen. Man könne jedoch nicht erwarten, daß dieselbe die Engländer gegenüber den Deutschen bevorzuge.

— Es ist schon in Kürze berichtet worden, daß es in Midleton bei der Verhandlung des Prozesses O'Brien's vor dem Appellgerichte zu äußerst kühnen Auftritten kam. Die jetzt vorliegenden ausführlichen Berichte über jene Gerichtsverhandlung liefern ein sehr charakteristisches Bild der in Irland herrschenden Zustände und es ist deshalb wohl an der Stelle, einiges daraus mitzutheilen. Nachdem der Gerichtshof das Urtheil der ersten Instanz (welches auf drei Monate Gefängniß gegen O'Brien lautete) bestätigt hatte, wollte der Angeklagte dem Saal verlassen, es wurde ihm aber bedeutet, daß er sich nicht entfernen dürfe, vielmehr seine Strafe sofort antreten müsse. O'Brien behauptete, er habe ein Recht, sich zu entfernen, worauf zwischen ihm und den ihn festhaltenden Schutzeinheiten ein verzweifeltes Ringen entstand, welches das Publikum im Gerichtssaal in fürchterliche Aufregung versetzte. Harrington, der Advokat O'Brien's, behauptete, daß O'Brien legal nicht verhaftet werden könne, da der Befehl für seine Verhaftung noch nicht unterzeichnet worden sei. Der Staatsprokurator Carson opponirte, allein der Richter entschied, daß O'Brien sich entfernen dürfe. Diese Entscheidung wurde mit förmlichem Jubel begrüßt, allein inmitten desselben erhob sich der als Besucher fungirende Polizeirichter Stokes und rief den Schutzeinheiten zu: „Laßt ihn nicht gehen; ich übernehme die Verantwortung für die Folgen.“ Darauf entstand ein neuer Tumult. Harrington rief aus: „Das ist ein neues Beispiel davon, wie Gerechtigkeit geübt wird. Man bietet der Autorität des Richters Trotz!“ Man schrie: „Defmet die Thüren!“ „Laßt ihn hinaus!“ „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit!“, während O'Brien sich mit aller Gewalt den Händen der ihn festhaltenden Gendarmen zu entziehen versuchte. Die anwesenden Abgeordneten Dillon und Dr. Tanner beschwerten sich laut und entrüstet über die ihrem Freunde zugefügte Behandlung. Inzwischen wurde der Verhaftungsbefehl unterzeichnet und O'Brien schließlich nach einer Zelle gebracht, von welcher er später nebst dem Pächter Mandeville, dessen Straftheil ebenfalls bestätigt worden, zu Wagen unter starker Infanteriebedeckung nach dem Gefängniß in Cork abgeführt wurde. Die Aufregung in Midleton war ungeheuer. Sämmtliche Häden waren geschlossen und Tausende von Menschen hatten sich vor dem Gerichtsgebäude versammelt. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren Truppen und Schutzeinheiten aufgeboren worden, welche letztere schließlich mit der Unterfütterung der Dörsgeißeligen die Straßen säuberten, ohne daß Konflikte mit der bewaffneten Macht entstanden. In der Dypostionspresse wird das Eingreifen des Polizeirichters Stokes natürlich auf das leidenschaftlichste angegriffen. Die „Daily News“ sagen: „Die Stadt Midleton in der Grafschaft Cork war der Schauplatz einer äußerst großen Ausschreitung gegen Gesetz und Ordnung. Herrn O'Brien's Widerstand, ob nun verständlich oder nicht, war vollständig gesetzlich, und wenn das Gesetz in Irland irgendwie dem glücke, was es vorgibt zu sein, dann würde sich Kapitän Stokes in diesem Augenblicke im Gefängnisse befinden.“ Wesentlich anders urtheilen jedoch die „Times“. Der irische Korrespondent der „Times“, welcher der Verurtheilung O'Brien's in Midleton bewohnet, bemerkt: „Ob Kapitän Stokes ganz gesetzlich handelte, bleibt freitrag, die meisten Leute aber stimmen darin überein, daß sein promptes und energisches Vorgehen allein die Behörden vor dem Flache der Unruhe gerettet hat.“ Mit der Entlassung O'Brien's scheinen noch nicht alle Schwierigkeiten vorüber zu sein, welche dieser Agitator der Regierung bereitet. Wie verlautet, hat er sich geweigert, die Strikfingerringe anzulegen, und dem Gouverneur des Gefängnisses gesagt, er würde sich eher tödten lassen, als dies thun oder die gemeinen Arbeiten verrichten, die Sträflinge in der Regel verrichten müssen. Vor der Anwendung von Zwang hat sich der Gouverneur von der irischen Gefängnißbehörde Weisungen erbeten.

#### Serbien.

Belgrad, 3. Nov. Die Supsjchina ist auf den 27. d. M. nach Belgrad einberufen worden. Die Ministerkrisis gilt für beigelegt. Dieselbe soll ohnehin weniger von den radikalen Ministern als von den radikalen Führern außerhalb des Ministeriums hervorgerufen worden sein. Die Einigkeit im Ministerium dürfte vorläufig auch dadurch aufrecht erhalten werden, daß man der Supsjchina nur solche Gesetzentwürfe vorlegt, die für die Radikalen keine grundsätzliche Bedeutung haben, insbesondere Finanz- und Steuergeetze, ein Schulgesetz betreffs des Elementarunterrichts, Justizvorlagen zur Einführung des Einzelrichter-systems, vor Allem ein Gesetz, welches das Ministerium zur Aufnahme einer Anleihe von 20 Mill. Franken ermächtigt, endlich ein Entwurf betreffs der Heereseinrichtung.

#### Bulgarien.

Sofia, 3. Nov. Der Metropolit Clement, von der Regierung aufgefordert, auf seinen Posten nach Tirnowa zu gehen, erhält die Weisung des bulgarischen Erarchen in Konstantinopel, als sein Stellvertreter in Sofia zu bleiben. — Die von der Sobranje angenommene Adresse an den Prinzen Ferdinand hat folgenden Wortlaut: „Die nach so großen herben Prüfungen des Vaterlandes zur gewöhnlichen Session einberufenen Vertreter des bulgarischen Volkes sind glücklich, zu den Füßen Eurer Königlichen Hoheit die Gefühle tiefer Dankbarkeit und heißer Liebe niederzulegen, von welchen das Volk gegen seinen Souverän erfüllt ist. Wir finden keine Worte, um der Dankbarkeit für die Großmuth und Selbstverleugnung Ausdruck zu geben, die Eure Königliche Hoheit bewiesen, indem Sie die Wahl zum Fürsten von Bulgarien annahmen und in das neue Vaterland kamen, um die Fäden der Regierung zu übernehmen und so das Land aus den Gefahren zu retten, denen es ausgesetzt war. Monseigneur! Seit Ihrer Thronbesteigung sind in Bulgarien Ordnung, Ruhe und öffentliche Sicherheit vollständig wiederhergestellt, alle bulgarischen Bürger haben sich friedlichen Arbeiten ergeben und Jedermann hat, indem Bulgarien wieder Beschäftigung und Ruhe findet, Glauben an eine glückliche und große Zukunft. Eure Königliche Hoheit! Mit lebhafter Befriedigung haben wir die Worte Eurer Königlichen Hoheit in Betreff der Sympathien Seiner Kaiserl. Majestät des Sultans und der anderen Großmächte gegen Bulgarien vernommen. Wir hoffen, daß die Regierung unter Ihrer weisen, hohen

Leitung alle Bemühungen anwenden wird, um diese Sympathien zu erhöhen und die guten und freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten zu erhalten. Monseigneur! Unsere Liebe und Ergebenheit, sowie jene der tapferen bulgarischen Armee für die Person Eurer Königlich hohen werden täglich wachsen und sie sind ein Untersand für die Vertheidigung der Krone Bulgariens, die Sie mit Glanz und Würde tragen. Vor seinem Opfer könnte das bulgarische Volk zurücktreten, wenn es sich darum handelt, sein wackeres Oberhaupt zu säen in seinen Taten und Bemühungen für das Glück, die Größe und den Ruhm des theuren Vaterlandes und für die Wahrung seiner Rechte und Interessen. Eure Königlich hohe! In vollständiger Erkenntnis der Nothwendigkeit und Wichtigkeit einer guten Regelung der inneren Angelegenheiten des Landes werden wir mit Sorgfalt und Aufmerksamkeit alle Gesetzesentwürfe und Vorschläge prüfen, welche die fürstliche Regierung der Volksvertretung vorlegen wird, und werden wir Alles thun, was Pflicht und Interessen des Vaterlandes uns gebieten. Es lebe Seine Königl. Hoheit Ferdinand I., Fürst von Bulgarien!"

### Türkei.

Konstantinopel, 2. Nov. Eine auf Befehl des Sultans gebildete militärische Kommission hat sich am 28. Oktober an die griechisch-türkische Grenze begeben, um dort Terrainstudien vorzunehmen, welche als Grundlage für geplante strategische Arbeiten dienen sollen. Eine andere Kommission soll sich demnächst zu gleichem Zwecke an die türkisch-serbische und türkisch-bulgarische Grenze verfügen.

Das Räuberwesen in der Türkei nimmt eine immer größere Ausdehnung an; schon seit einiger Zeit haben darunter auch die serbischen Grenzdistrikte zu leiden. Die Banden bestehen fast durchweg aus Albanesen. Aber nicht genug damit; selbst die Seräubererei macht sich wieder breit. Man schreibt der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel: „Das Räuberwesen in verschiedenen Punkten des türkischen Reiches in Blüthe steht, ist zu wiederholten Malen gemeldet worden; neu dürfte es dagegen sein, daß auch die Seräubererei neuerdings der Regierung zu schaffen macht. Eine Ausrottung dieser Art der Räuberplage ist aber, abgesehen von dem weiten Elemente, auf welchem sie ihr Unwesen treibt, noch dadurch erschwert, daß die Piratenschiffe meist unter griechischer Flagge segeln, was die Pforte zu großer Vorsicht zwingt, um Konflikte mit der griechischen Regierung zu vermeiden. Gewöhnlich begnügt man sich damit, die Seräuber an der Landung zu verhindern. So war es kürzlich bei Gallipolis und auf der Insel Lemnos der Fall, wo die Seräuber, als sie landen wollten, durch starke Gendarmenabtheilungen zurückgeworfen wurden. Uebrigens hat die Pforte ihren Gesandten in Athen, Heridon Bey, angewiesen, der griechischen Regierung dieselbe ernste Vorstellungen zu machen. Das Athener Kabinett gab seinerseits die Versicherung ab, daß es bereits die nöthigen Maßnahmen ergriffen habe.“

### Zeitungsstimmen.

Der in Folge der mehrfach besprochenen Kundgebung eines nationalliberalen Führers in der „Nat.-Zeitung“ zu den Berliner Kommunalwahlen die freisinnige und intransigent-ultramontane Presse durchlaufende Jubelruf: „Das Kartell ist gesprengt!“ veranlaßt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu einer Erörterung dieser Angelegenheit, wobei sie hervorhebt, daß die „Nationalzeitung“ zutreffend erklärte, daß die Vorgänge bei solchen Kommunalwahlen die Frage, ob auf Grund der vermögenden Kartells erzielten Reichstagszusammensetzung eine dauernde Mehrheit von gemäßigten Liberalen und Konservativen erzielt werde, welche auch sie wünsche, völlig unberührt bleibe. „Die in dem Kartell verführten Bestrebungen sind eine Nothwendigkeit, und wenn die jetzige Vereinigung ihrer Form nach einmal gelöst werden sollte, so wird sie aus der Natur der Dinge, vielleicht in anderer Gruppierung, in anderen Verhältnissen, aber mit im Wesentlichen gleichen Zielen stets von Neuem wieder überall da in Erscheinung treten, wo das Empfinden des Volkes vor Fragen der nationalen Existenz sich gestellt sehen wird. Wenn das frühere Deutsche Reich in Folge von partikularen Bestrebungen zu Grunde ging, so hat die ganze Geschichte des neuen Deutschen Reiches die Wege gewiesen, auf denen das Vaterland gebildet wird, und die Erfahrung ist nicht mehr ungeschicklich zu machen, daß nur in einer Vereinigung aller staatsstreuen Parteien das Heil für die Zukunft zu erblicken ist. Sind „Deutschfreisinn“, Ultramontanismus, Wesenthum und Konfession die Reste der zentrifugalen Elemente im Reiche, so verflochten sich im Kartell gewissermaßen der nationale Zug nach Einigkeit, und nachdem derselbe im neuen Reich seine Erfüllung gefunden, wird er gegenüber jenen Elementen in entscheidenden Augenblicken sich stets von Neuem bewähren.“

Mit Bezug auf den Sturz der Leipziger Diskontogellschaft wird der „Börsen-Zeitung“ geschrieben: „Es ist im Aktiengesetz das Menschennüchliche an Vorherrschaft geleistet worden, um betrügerischen Manipulationen bei Bilanzierung und Dividendenvertheilung von Aktiengesellschaften vorzubeugen, die Erfahrung des praktischen Lebens zeigt indessen, wie es auch der jüngste traurige Fall in Leipzig beweist, daß selbst die bestdurchdachten Gesetze nicht im Stande sind, das betheiligte Publikum, welches dem eigentlichen Geschäftsbetriebe fern steht, ja selbst die Eingeweihtesten vor Täuschungen und Verlust zu bewahren. Gewöhnlich wie Gesetze Raub und Diebstahl zu verhindern vermögen, sind sie auch im Stande, gegen geheime Sünden von Bankangestellten (Direktoren u.) anzukämpfen, welche, durch Leichtsinns oder Leidenschaft veranlaßt, ein freudhaftes Spiel mit den ihnen anvertrauten Kapitalien treiben. Hier kann nur Selbsthilfe ähnlichen Vorzügen, wie wir sie jüngst erlebt, ein Gegengewicht halten, welches mit möglicher Zuverlässigkeit die Gewähr bietet, Unregelmäßigkeiten sofort aufzudecken. Die Achillesferse der Aktiengesellschaften ist trotz Aufsichtsrath und Verwaltungsrath die mangelnde Kontrolle der Geschäfte im Einzelnen, weil dieselbe bisher nicht so eingehend gehandhabt wurde, wie es nöthig war. Der Aufsichtsrath unserer Gesellschaften besteht in der Regel aus Männern, welche theils in ihrem Verufe an sich bereits sehr in Anspruch genommen sind, so daß ihnen die durchgreifende Revision der ihrer Obhut anvertrauten Aktiengesellschaft eine große Last wäre, theils aus solchen Mitgliedern, welche nicht im Stande sein dürften, in die kleinsten Einzelheiten eines weitverzweigten Instituts einzudringen und die Geschäfte desselben zu zerlegen, um sie auf ihren Werth oder Unwerth prüfen zu können. Es sollte auch gar nicht in der eigentlichen Aufgabe des Verwaltungsraths liegen, etwaigen Schäden in der inneren Institution einer Aktiengesellschaft nachzuspüren; ihm müßte die Aufgabe zufallen, die Gesamtleitung der Gesellschaften und die von ihnen verfolgte Tendenz in großen Zügen zu kontrollieren. Dagegen müßte dem Aufsichtsrath und Verwaltungsrath als technischer Beirath ein kaufmännisch geschulter, hellblickender Revisor

an die Seite gestellt werden, dem die Aufgabe ziele, regelmäßig in kurzen Zwischenräumen, vielleicht alle 8-14 Tage, die Geschäfte der Bank zu prüfen und Mängel aufzudecken, wo sie sich vorfinden. Ein geschäftsgewandter Revisor, unabhängig von der Verwaltung und dem Aufsichtsrath, würde sicherlich bei einiger Sorgfalt Schäden zu verhindern wissen, wie solche zeitweise in erschreckender Weise an die Öffentlichkeit bringen, um ebensoviele wohlthätig für die Interessen von Gläubigern und Aktionären zu wirken im Stande, wie auch eine beständige Warnung für leichtfertige Angestellte zu sein, welche an der genauen Kontrolle aller Geschäftsvorkommnisse erkennen würden, daß ihren Gelüsten eine unüberwindliche Schranke gesetzt ist.“

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 4. November.

Seine Königlich hohe der Großherzog hat heute eine Abordnung aus Waldkirch auf Schloß Baden empfangen, welche Höchstdessen eingeladen hat, der Einweihungsfeier der neubauten evangelischen Kirche daselbst anzuwohnen. Die Abordnung bestand aus dem Bürgermeister der Stadt Waldkirch, Herrn Seufert, dem im Namen der politischen Gemeinde Seine Königlich hohe einlad, und ferner aus dem Pastoralionsgeistlichen, Herrn Ludwig Jacob, dem Herrn Ferdinand Groos, Direktor der Kollnauer Baumwollspinnerei und Weberei, dem Herrn Adolf, Gewerbschul-Hauptlehrer in Waldkirch. Der Großherzog hat zugefagt, wenn möglich der Einladung Folge zu leisten.

Wie wir schon erfahren, hat der vom grundherrlichen Adel im Bezirk unterhalb der Murg zum Abgeordneten der Ersten Kammer gewählte Freiherr Karl Rüdiger von Coltenberg-Bödigheim die Wahl abgelehnt.

(Telegraphenabel-Beschädigung.) In der „Meer-Zeitung“ vom 26. Oktober wird in einer Korrespondenz aus Hamburg berichtet, daß kürzlich ein für Schiffer und Abnehmer interessantes Erkenntnis des Reichsgerichts ergangen sei. Ein Schiffer habe an der Elbmündung vor Anker gehen müssen und, als er den Anker später wieder aufziehen wollte, bemerkt, daß sich um denselben eine Trossel geschlungen hatte, welche in Wirklichkeit das Helgolander Telegraphenabel gewesen sei. Der Kapitän habe nur die Wahl gehabt, den Anker zu fassen oder das Kabel zu durchschneiden. Er habe, um sein Eigenthum zu sichern, letzteres gethan. Die Hamburg-Helgolander Telegraphengesellschaft habe Ansprüche auf Schadenersatz erhoben, das Reichsgericht aber entschieden, daß der Kapitän in seiner Nothlage berechtigt gewesen sei, das Kabel zu durchschneiden. In dieser Korrespondenz wird uns von zutreffender Seite mitgetheilt, daß der betreffende Fall sich nicht kürzlich, sondern im Juli 1880 ereignet hat; das Urtheil des Reichsgerichts trägt das Datum vom 12. Oktober 1881. Sobald der Internationale Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegraphenabel vom 14. März 1884 in Kraft getreten sein wird, werden auf Fälle von Beschädigungen der Telegraphenabel im offenen Meere die Bestimmungen in den Art. 2 und 7 des gedachten Vertrages Anwendung zu finden haben. Nach denselben darf ein Schiffsführer u., falls er sich nicht klar machen will, ein Telegraphenabel nur dann zerreißen oder beschädigen, wenn er den berechtigten Zweck verfolgt, sein Leben oder die Sicherheit seines Fahrzeuges zu schützen, nachdem er alle Vorkehrungen zur Vermeidung des Zerreißen oder der Beschädigung des Kabels getroffen hat. Hat ein Schiffseigenthümer, um einem unterseeischen Kabel seinen Schaden zuzufügen, nachweislich einen Anker, ein Netz oder ein sonstiges Gerath geopfert, so ist er von dem Eigenthümer des Kabels schadlos zu halten.

(Das Bezirksamt) bringt eine Bekanntmachung des königl. Landw. u. Forstb. Bezirkskommandos zur Kenntniß, wonach sich das Bureau desselben vom 1. November d. J. ab nicht mehr im Rathhause befindet, sondern in Vereinigung mit dem Centralmeldebureau Kaiserstraße 8 hiersebst.

\* Neustadt, 2. Nov. (Die hiesige evangelische Kirchengemeinde) erhielt, wie die „Breisgauer Zeitung“

meldet, von Ihrer Königlich hohen der Großherzogin neuerdings ein werthvolles Geschenk. Bei einer Audienz in Baden, in welcher Vertreter der Gemeinde den höchsten Herrschaften eine Nachbildung des neuen Kirchengebäudes in Trauant als Andenken an die Einweihung überreichten, wurde ihnen ein goldenes Axtkreuz als erneute Spende der Landesfürstin übergeben.

### Verschiedenes.

Strasbourg, 3. Nov. (Kriegergräber. — Geseleliche Feiertage. — Verschiedenes.) Wie in den Vorjahren, so waren auch diesmal die Kriegergräber in und um Strasbourg am Allerseelestage durch die Sorge unserer Krieger- und Militärvereine auf das Schönste mit Blumen und Kränzen geschmückt. Wir haben solche Kriegergräber an sechs verschiedenen Stellen, nach denen sich einzelne Abtheilungen der genannten Vereine begaben und in feierlicher Weise den Schmuck der Gräber vornahmen. — Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein Gesetz, wodurch die sog. geselelichen Feiertage um 3. den Charfreitag, den Ostermontag und den Pfingstmontag vermehrt werden. Bisher waren nur Weihnachten (d. h. der 1. Weihnachtstag), Neujahr, Christi Himmelfahrt, Mariä Himmelfahrt und Allerheiligen geseleliche Feiertage (die auf einen Sonntag fallenden Feiertage kommen hierbei nicht in Betracht); in der von der Regierung dem Landesausschuß gemachten Vorlage war auch noch der 2. Weihnachtstage aufgenommen, doch wurde derselbe vom Landesausschuß gestrichen. — Eine dankenswerthe Einwirkung hat ein Bürger hiesiger Stadt durch Eröffnung einer Zufluchtsstätte für Arbeiter getroffen. Ein lustiger geheizter Raum bietet sich denselben dar, in welchem sie ihr Mittagessen verzehren können. Ein Aufseher sorgt für Reinlichkeit und Ordnung. — Wie französische Blätter melden, ist den Hüttenwerksbesitzern de Wenzel aufgegeben worden, die telephonische Verbindung zwischen ihren Werken in Deutschland, an der lothringischen Grenze (Groß-Moyevre und Hayingen), und in Frankreich (in Frankreich) einzustellen. — Wie die „Lothr. Ztg.“ mittheilt, sind in Koblenz (Lothringen) über 4000 Hektoliter Wein an deutsche Champagnerfabriken per Bahn verladen worden. Der Preis betrug durchschnittlich 57 M. per Hektoliter.

### Neueste Telegrame.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 4. Nov. Seine Majestät der Kaiser stand Mittags auf und nahm Nachmittags 2 Uhr den Vortrag des Wirkl. Geh. Rath's v. Wilmowski entgegen und zeigte sich am Fenster.

Berlin, 4. Nov. In der heutigen Sitzung des Landwirtschaftsrathes fand die provisorische Abstimmung über die zu fordernden Getreidezölle statt. Es wurden folgende Sätze angenommen: Zölle auf Roggen und Weizen 6 M., Hafer und Gerste 3, Buchweizen und Hirsenfrüchte 2, andere Getreidearten 2 M. Minister Lucius und andere Regierungsvertreter waren anwesend, ergrieffen aber nicht das Wort. Die definitive Abstimmung erfolgt morgen.

Dublin, 4. Nov. Die Regierung wird gegen die Theilnehmer der letzten verbotenen nächtlichen Versammlung zu Woodford, worin die Proklamation des Vikarings verbrannt wurde, gerichtlich vorgehen. Unter den Theilnehmern befinden sich die Parlamentarier Rowlands, Gill, Cheehy und der Sekretär des Lordmayors von Dublin, Deinchy.

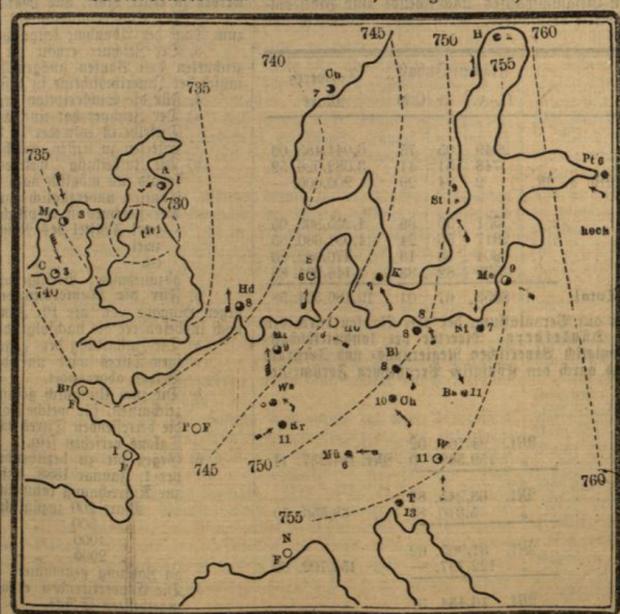
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom. in G.	Therm. in C.	Wind. in G.	Relatives Feuchtigk. in %	Wind. in G.	Witterung.
3. Nachts 9 U.	735.9	+9.4	6.8	78	W.	bedeckt
4. Morgs. 7 U.	737.3	+10.8	7.3	75	W.	sehr bew.
4. Mittags 2 U.	738.3	+11.2	7.7	78	W.	bedeckt

Wasserstand des Rheins. Mainz, 4. Nov. Morgs. 3.20 m, gefallen 5 cm.

### Wetterkarte vom 4. November, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das barometrische Minimum im Westen ist langsam nordwärts fortgeschritten und hat einen Ausläufer nach dem Kanal hin mit einem Theilminimum über Nordengland entsendet, während ein umfangreiches barometrisches Maximum über Russland lagert. Bei meist schwacher südlicher Luftströmung ist das Wetter über Centraleuropa warm und vorwiegend trübe. In Deutschland ist vielfach Regen gefallen. Die oberen Wolken ziehen über Deutschland aus Süd bis Südwest. (Deutsche Seewarte.)

### Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 4. November 1887.

Staatspapiere.		Bauaktien.	
4 1/2 Deutsche Reichs-anleihe	107.05	Staatsbahn	179 1/2
4 1/2 Preuß. Konf.	106.80	Kombarden	69 1/2
4 1/2 Baden in K.	103.10	Galizier	171.60
4 1/2 „ in R.	105.85	Elbthal	143 1/2
Deutscher Goldrente	91.80	Medlenburger	138.50
1877r. Russen	96.40	Hess. Ludwigsbahn	—
1880r. Silber	87.00	Lübeck-Büchener B.	159.30
4 1/2 Ungar. Goldr.	80.70	Gotthard	117.00
1877r. Russen	96.40	Weschnel und Coten.	—
1880r. Silber	87.00	Weschnel a. Amst.	168.72
Li. Orientanleihe	53.90	London	20.37
Italiener compt.	97.50	Paris	80.45
Egypter	75.20	Wien	162.55
Spanier	67.50	Napoleonsbdr	16.13
5 1/2 Serben	77.70	Privatbank	2 1/2
Kreditaktien	228 1/2	Hab. Zuckerfabrik	73.10
Disconto-Kommandit	196.30	Kreditaktien	228 1/2
Basler Banker.	151.00	Staatsbahn	179 1/2
Darmstädter Bank	138.00	Kombarden	69 1/2
5 1/2 Serb. Hyp. B.	—	Tendenz:	fest.

Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	460.50	Kreditaktien	251.70
„ Staatsbahn	363.50	Marknoten	61.45
Kombarden	140.50	Tendenz:	fest.
Dis. Kommand.	196.50	Paris.	—
Laut. „	91.40	4 1/2 % Rente	—
Dortmunder	67.50	Spanier	67 1/2
Medlenburger	51.50	Egypter	386.00
Tendenz:	—	Ottomane	497.00
		Tendenz:	—

